

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Rates am 18.12.2014
(10. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Vereidigung des Ersten Beigeordneten Frank Maatz und Urkundenverleihung	5
2 Einwohnerfragestunde	5
3 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2015 - 2020 Vorlage: FB1/0069/2014/1	7
4 Abfallentsorgungsgebühren 2015 Vorlage: FB1/0092/2014	8
5 VI. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 Vorlage: FB5/0082/2014	8
6 XXXVI. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren Vorlage: FB5/0083/2014	9
7 Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung Vorlage: SB11/0091/2014	10
7.1 I. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 21.12.2012	10
7.2 II. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012	11
8 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. November 2014 auf Einrichtung einer dritten Beigeordnetenstelle Vorlage: ZD/0023/2014	11
8.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch	12
8.2 Änderung des Stellenplanes 2015	12
8.3 Festlegung des Geschäftskreises von Beigeordneten	13
8.4 Stellenausschreibung	13
9 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2015 Vorlage: SFI/0142/2014	14
10 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2012 Vorlage: RPA/0088/2014	21

11	Bestellung einer stellvertretenden Behindertenbeauftragten Vorlage: FB2/0108/2014 ..	22
12	Städt. Gesamtschule; Einschränkung der Aufnahme auswärtiger Schüler gem. § 46 Abs. 5 SchulG NRW Vorlage: FB3/0109/2014	22
13	Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulen in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB3/0093/2014	23
14	Berufung von beratenden Mitgliedern in den Ausschuss Schule und Sport Vorlage: FB3/0104/2014	24
15	VI. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Meerbusch Vorlage: ZD/0098/2014	24
16	Anträge	25
16.1	Antrag der SPD-Fraktion vom 11. November 2014 betr. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0020/2014	25
16.2	Antrag des Ratsherrn Müller - Zentrum - vom 20. November 2014 betr. Aussetzung der Räumungs- und Rodungsarbeiten Vorlage: ZD/0022/2014	25
16.3	Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Dezember 2014 betr. Verabschiedung einer Resolution zur finanziellen Belastung der Stadt Meerbusch Vorlage: ZD/0025/2014	25
17	Anfragen	26
18	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	27
19	Termin der nächsten Sitzung	27
20	Verschiedenes	27
20.1	Interkommunales Gewerbegebiet	27
20.2	Baumspenden	27
20.3	Unfallkreuzung Bergfeld/Xantener Straße in Meerbusch-Strümp	27

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied	
Frau Angela Gröters	Ratsmitglied	
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied	bis TOP 20
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied	
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	bis TOP 23
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied	
Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied	
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Radmacher	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	bis TOP 23
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied
Frau Kirsten Pabich	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

Frau Katja Giesen	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert	Ratsmitglied
Herr Marc Janßen	Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Jürgen Gatzlik	Bereichsleiter Fachbereich 6
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat
Frau Gabriele Parschau	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Heinrich Westerlage	Bereichsleiter Service Recht
Frau Alice Wiegand	Referentin der Bürgermeisterin

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied
--------------------------	--------------

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

Zum Gedenken an den ersten vom Rat gewählten Bürgermeister Dr. Handschumacher, der am 14. November 2014 verstorben ist sowie das ehemalige Ratsmitglied Stüttgen, der am 7. Dezember 2014 verstorben ist erheben sich die in der Sitzung Anwesenden von ihren Plätzen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage mit, dass zu TOP 9 eine Beratungsvorlage als Tischvorlage verteilt wurde. Weiterhin ist den Ratsmitgliedern zu TOP 10 die Bilanz der Stadt Meerbusch zum 31.12.2012 sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung 2012 vorgelegt worden.

Die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben einen Dringlichkeitsantrag betr. Verabschiedung einer Resolution zur finanziellen Belastung der Stadt Meerbusch gestellt. Diesen Antrag wolle sie im Einvernehmen mit dem Rat unter TOP 16.3 behandeln.

Unter Punkt 20 – Verschiedenes – werde die Bürgermeisterin aus der Fluglärmkommission berichten sowie von einem Gespräch mit einem Mitglied des Petitionsausschusses des Landes NRW betr. Unfallkreuzung Bergfeld/Xantener Straße.

Öffentliche Sitzung

1 Vereidigung des Ersten Beigeordneten Frank Maatz und Urkundenverleihung

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage überreicht Herrn Frank Maatz die Ernennungsurkunde zum Ersten Beigeordneten der Stadt Meerbusch und vereidigt ihn anschließend.

2 Einwohnerfragestunde

Herr Christoph Hauke verliest noch einmal die bereits schriftlich eingereichten Fragen zum Bauobjekt „Grabenstraße 1a“ und verweist auf die bisherigen Beratungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften. Technischer Beigeordneter Dr. Gérard beantwortet die Fragen und stellt die unterschiedlichen Verfahrensstände dar.

In der Sache Bauvorhaben Grabenstraße 1a in Meerbusch- Büberich wurde am 5. März 2014 das Benehmen mit dem LVR, Amt für Denkmalpflege im Rheinland, hergestellt. Grundlage für die Bauvoranfrage war die skizzenhaft dargestellte Planung, die am 21. Februar 2014 vom Bauherrn bei der Bauaufsicht eingereicht wurde. In der aktuellen Planung ist sowohl die Bauhöhe, als auch das Maß der überbauten Fläche, in Bezug auf vorangegangene Entwürfe, reduziert. Die optische Wahrnehmung des Denkmals wird durch die geplante Bebauung nicht maßgeblich beeinträchtigt.

Herr Heinrich Vetter fragt nach, ob die Stadtkasse Meerbusch für die Beitreibung nicht gezahlter GEZ-Gebühren nach den neuen Verfahren zuständig sei. Stadtkämmerer Fiebig erklärt, dass dies beim bisherigen Verfahren der Fall gewesen sei. Er könne jedoch nicht abschließend dazu Stellung nehmen, wie das Beitreibungsverfahren nach dem neuen GEZ-Verfahren geregelt sei. Er werde dies prüfen und Herrn Vetter eine entsprechen schriftliche Antwort zu kommen lassen.

Herr Reck bittet darum, den von der Bürgermeisterin eingangs erwähnten Punkt bezüglich der Informationen aus der Fluglärmkommission im Rahmen der Einwohnerfragestunde zu behandeln. Er wäre für einen Sachstandsbericht bezüglich der Fragestellungen der Verlegung der Flugroute über Meerbusch-Lank Richtung Osten bzw. der Flughöhenproblematik dankbar. Gegen die Vorziehung des Punktes bestehen keine Bedenken.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass die Problematik wie vereinbart in einer Konsensrunde mit den Anrainerkommunen, dem Flughafen, der DFS und den Fluggesellschaften im September besprochen und die entsprechenden Prüfaufträge beschlossen wurden. Die Ergebnisse sollten in der Fluglärmkommission 24.11.2014 vorgestellt werden

Diese Punkte waren jedoch nicht Gegenstand der Tagesordnung und wurden erst am Ende einer mehrstündigen Sitzung behandelt. Der Sachstand stellt sich wie folgt dar:

a) alternative Routenführung östlich von Lank-Latum

Ein Vertreter der Flugsicherung stellte eine alternative Route zur bestehenden Route Mevel/Soneb mit einem Routenverlauf zwischen dem Osten von Lank und Nierst vor. Ungefähr in der Höhe des Gartenbaubetriebes Wantikow sei ein sog. fly-by-waypoint eingerichtet, der ein Anhaltspunkt für eine möglichst genaue Einhaltung einer vorgegebenen Kurve ist. Die Enge der zu fliegenden Kurve erfordere Geschwindigkeitsbegrenzung auf 180 – 185 Knoten, der Normalwert liege bei 200 Knoten. Die Schubleistung ginge dann zunächst in die Kurvenfliegung und daher nicht in den Steigflug, d.h. die Maschinen fliegen zunächst niedriger. Große Maschinen, wie beispielweise der Airbus A 340 könnten aufgrund ihres Gewichtes diese Kurve nicht fliegen. Aufgrund unterschiedlicher thermischer Bedingungen in Verbindung mit einer Richtungsänderung von 120 Grad würde sich eine relativ weite Streuung ergeben, die voraussichtlich auch den Westen von Nierst erfasse.

b) verbindliche Mindesthöhen

Zum Thema Mindesthöhen wurde zunächst von der DFS keine Aussage getätigt. Auf Nachfrage der Bürgermeisterin erklärt Herr Heyne, dies sei ein Problem der Fluggesellschaften. Er wies darauf hin, dass nicht alle Flugzeuge Mindesthöhen von 4.000 ft am Ortsteingang von Lank erreichen könnten, insofern sei es schon rechtlich fraglich, ob Mindestflughöhen für bestimmte Maschinentypen vorgeschrieben werden könnten. Für die großen Maschinen müssten dann Alternativrouten angeboten werden, durch die wiederum andere Gebiete belastet würden. Die meisten Flugzeuge würden über Lank 3.900 ft. erreichen.

Vertreter der Stadt Düsseldorf sprachen sich in der Fluglärmkommission gegen jedwede Änderung der nördlichen Flugroute und Mindestflughöhen aus. Gebiete der Stadt Düsseldorf dürften nicht weiter belastet werden.

Es wurde vereinbart, dass der Flughafen zu einer weiteren Konsensrunde einlädt, in der die Problematik zu a) und b) weiter besprochen wird. Eine Sitzung ist zwischenzeitlich für Ende Januar terminiert.

Mobile Messstation Webergasse

Die nahe der Ideallinie gemessenen Ergebnisse liegen zu 40% über dem MP 06, Waldweg. Die Ergebnisse werden beeinflusst durch Straßenverkehrslärm und den Bus. Insofern empfiehlt es sich, einen entfernter gelegenen Standort vom Straßenraum zu finden. Dies muss noch geprüft werden. Beabsichtigt ist, den bisherigen Messpunkt am Waldweg aufzugeben und in den Bereich Webergasse zu verlegen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass keine konkreten Ergebnisse vorliegen, was unbefriedigend sei. Die Stadt Meerbusch werde auch noch einmal mit den zuständigen Stellen der Bezirksregierung Kontakt aufnehmen, um einer Lösung näher zu kommen.

Herr Reck bemängelt das eingeführte Flachstartverfahren. Danach habe sich die Lärmsituation drastisch verschlechtert. Notfalls müsse man Vertrauensschutz einklagen.

Ratsfrau Glasmacher erklärt, dass man nunmehr schon seit zwei Jahren mit der Problematik befasst sei. Bei anderen Flughäfen wäre dies kein Problem. Die 1500ft. wären dort problemlos erreichbar. Sie verweist auf § 1 der Luftverkehrsordnung wonach der Lärmvermeidung im Luftverkehr absolute Priorität einzuräumen ist.

3 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2015 - 2020 **Vorlage: FB1/0069/2014/1**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Brandschutzbedarfsplan für den Zeitraum 2015 – 2020 als Rahmenkonzept für die Feuerwehr Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei	2		
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45	6	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage trägt vor und erläutert nochmals die in der Arbeitsgruppe besprochenen Änderungen. Ratsherr Rettig zeigt sich enttäuscht, dass nur eine Arbeitsgruppensitzung stattgefunden habe. Insbesondere sei die Begründung für den Kauf einer Drehleiter nicht schlüssig. Mit einem Aufwand von 70.000 € könne die vorhandene instandgesetzt werden und so eine Einsatzfähigkeit bis 2021 gesichert werden. Zudem sei auch eine interkommunale Kooperation möglich, wie das Beispiel der Städte Dortmund und Schwerte zeige. Ein externer Blick auf die Planung könne auch nicht schaden, insofern wäre eine Vergabe nach außen bezüglich der Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes wünschenswert. Die FDP lehne den Plan daher ab. Vertreter aller Fraktionen erklären, dass alle Fragestellungen in der Sitzung des Arbeitskreises ausreichend erörtert worden seien. Insofern seien aktuell keine weiteren Beratungen nötig, jedoch solle der eingerichtete Arbeitskreis kontinuierlich zu Fragestellungen der Feuerwehr tagen.

4 Abfallentsorgungsgebühren 2015
Vorlage: FB1/0092/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Gebührensätze nach § 4 der Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren beizubehalten und die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2013 im Jahr 2016 auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

5 VI. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008
Vorlage: FB5/0082/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Schmutzwassergebühr für das Jahr 2015 wird auf 2,14 €/m³, die Niederschlagswassergebühr für das Jahr 2015 wird auf 0,94 €/m³ festgesetzt. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2015 wird Gegenstand des Beschlusses.
2. Bei der Kalkulation der Schmutzwassergebühr wird die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2013 zu 90%, das sind 298.430,40 €, kostenmindernd vorgetragen. Aus der Sonderrücklage für den Gebührenaussgleich werden 83.648,40 € entnommen und kostenmindernd eingesetzt.
3. Bei der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr erfolgt aus der Überdeckung der Betriebskostenabrechnung 2012 ein kostenmindernder Vortrag in Höhe von 40%, das sind 128.156,36 € und ein Vortrag der bisher nicht verwendeten 50% des Überschusses der Betriebskostenabrechnung 2011, das sind 195.038,96 €. Gleichzeitig werden von der Unterdeckung der Betriebskostenabrechnung 2013 50 %, das sind -25.758,72 €, kostensteigernd in die Gebührenkalkulation 2015 vorgetragen. Aus der Sonderrücklage für den Gebührenaussgleich werden 222.389,81 € entnommen und kostenmindernd eingesetzt.
4. Die Jahresgebühr für das Ablesen der Wasserzweischenzähler, den Ersteinbau des Wasserzweischenzählers und die Zählerauswechslung im Rahmen des Eichgesetzes wird auf 25,22 € festgesetzt.
5. Die VI. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 (Anlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	8	

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

6 XXXVI. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB5/0083/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Anteile der Allgemeinheit an den einzelnen Straßengruppen werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	2 %
b) Fußgängerzonen	67 %
c) Innerörtliche Straßen	21 %
d) Überörtliche Straßen	30 %

2. Aus dem Betriebsergebnis 2011 wird die verbliebene Unterdeckung bei den Anliegerstraßen zu 50% (-9.769,28 €), die Unterdeckung aus dem Betriebsergebnis 2012 bei den Anliegerstraßen und den Fußgängerzonen ebenfalls zu 50 % (-12.054,70 € und -1.032,59 €) und die Unterdeckung aus dem Betriebsergebnis 2013 bei den innerörtlichen Straßen zu 40 % (-34.745,96 €) und den überörtlichen Straßen zu 50 % (-15.462,37 €) kostensteigernd in die Kalkulation 2015 vorgetragen. Bei den innerörtlichen und überörtlichen Straßen wird darüber hinaus die Überdeckung aus dem Betriebsergebnis 2012 mit 100% (1.511,42 € und 2.561,46 €) kostenmindernd in die Kalkulation 2015 vorgetragen.

3. Die Gebührensätze je Meter Grundstücksseite werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	1,60 €/m	(2014: 1,58 €/m)
b) Fußgängerzonen	9,60 €/m	(2014: 8,85 €/m)
c) Innerörtliche Straßen	5,91 €/m	(2014: 5,24 €/m)
d) Überörtliche Straßen	5,67 €/m	(2014: 4,99 €/m)

4. Die XXXVI. Änderungssatzung (Anlage) und die zugehörigen Änderungen zum Straßenverzeichnis (Anlage) werden beschlossen.
 Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	42	9	

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

7 Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: SB11/0091/2014

7.1 I. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung vom 21.12.2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die I. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung (Anlage).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei			2
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49		2

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

7.2 II. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die II. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung (Anlage) mit einer Erhöhung der Gebührentarife um durchschnittlich 0,90 % bei einem Kostendeckungsgrad von 80,17 %. Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei			2
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49		2

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

8 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. November 2014 auf Einrichtung einer dritten Beigeordnetenstelle Vorlage: ZD/0023/2014

Ratsherr Damblon begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Insbesondere im Bereich der Stadtplanung seien in den nächsten Jahren entscheidende Weichen zu stellen, die zusätzliche Ressourcen im Verwaltungsvorstand erfordern würden. Zugleich beantrage er bezüglich der Änderung der Hauptsatzung geheime Abstimmung. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass sie die beantragte geheime Abstimmung begrüße. Ihre Fraktion habe die Abstimmung freigegeben. Ratsherr Rettig erklärt, dass die Gründe nicht stichhaltig seien, die Ausweitung des Verwaltungsvorstandes sei auch unter finanziellen Aspekten nicht wünschenswert und auch nicht erforderlich. Er frage ob die Stelle dauerhaft installiert werden solle. Zudem seien ja nur die Kosten für ¼ Jahr angegeben. Ratsherr Damblon erklärt, dass es sich um einen geschätzten Betrag handele, denn man nicht ohne Weiteres mal 4 rechnen könne, die Kosten lägen deutlich niedriger. Ob es eine dauerhafte Stelle sei, müsse die Zeit zeigen.

Ratsherr Jansen erklärt, dass es sich um die Beschneidung von Kompetenzen handele. Er halte es für bedenklich, einen derartigen Antrag einzubringen. Es handele sich um einen politischen Antrag, zu dem man sich auch öffentlich bekennen müsse. Er beantrage daher namentliche Abstimmung gem. § 20 der Geschäftsordnung des Rates. Ratsherr Weyen schlägt vor den Betroffenen selbst zu befragen. Techn. Beigeordneter Dr. Gérard erklärt, dass er keine Stellungnahme abgeben werde.

Nach Prüfung erklärt Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass gemäß § 50 Abs. 1 der Gemeindeordnung eine geheime Abstimmung der namentlichen Abstimmung vorgehe.

8.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage beigefügte XI. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen

Ratsherr Damblon beantragt geheime Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	9	1	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	11	

Der Rat bestimmt die Ratsfrauen Neukirchen (Bündnis 90/Die Grünen) und Schoppe (CDU) sowie die Ratsherrn Janßen (DIE LINKE und Piraten), Neuhausen (SPD) und Rettig (FDP) zu Stimmzählern. So dann ruft Bürgermeisterin Mielke-Westerlage die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge zur geheimen Wahl auf. Nach Abschluss des Wahlganges zählen die Stimmzähler die abgegeben Stimmen aus.

8.2 Änderung des Stellenplanes 2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, im Stellenplan 2015 eine Beigeordnetenstelle mit der Besoldungsgruppe B2 einzurichten. Die Personalkosten im Haushalt 2015 sind um 40.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	4	6	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	34	17	

8.3 Festlegung des Geschäftskreises von Beigeordneten

Beschluss:

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt gemäß § 73 Abs: 1 der Gemeindeordnung NW ihr Einvernehmen zur beabsichtigten Änderung der Geschäftskreise.

Der Rat der Stadt beschließt:

- a) Der Geschäftskreis des bisherigen technischen Beigeordneten umfasst mit Wirkung vom 1. Januar 2015 die Bereiche Baubetriebshof – SB 11 - mit Grünflächen, Sportanlagen und Friedhöfen, den Bereich Service Immobilien sowie Angelegenheiten des Denkmalschutzes.
- b) Der Geschäftskreis des dritten Beigeordneten umfasst mit Wirkung vom 1. Januar 2015 die Bereiche Stadtplanung und Bauordnung - Fachbereich 4 -, Straßen und Kanäle - Fachbereich 5 - sowie Grundstücke und Vermessung - Fachbereich 6 -.
- c) Die Geschäftskreise der Bürgermeisterin und des Ersten Beigeordneten bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	4	6	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	--	--	--
Gesamt	33	17	

8.4 Stellenausschreibung

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, dem Rat zur nächsten Sitzung den Text einer Stellenausschreibung zur Besetzung der neu geschaffenen Beigeordnetenstelle zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	4	6	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	34	17	

9 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2015
Vorlage: SFI/0142/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der Haushaltssatzung 2015 mit Anlagen gem. § 80 Abs. 4 GO NW in der vom Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfohlenen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	11	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf die Tischvorlage zur heutigen Sitzung, in die die Beratungsergebnisse der 2. Lesung der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 4. Dezember 2014 eingearbeitet wurden sowie auf die Veränderungsliste und die Liste der Sperrvermerke. Sie bittet diese in die weitere Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt fest, dass keine Einwendungen gem. § 80 Abs. 3 GO NRW gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2014 erhoben wurden.

Zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2015 sprechen für die CDU-Fraktion Rats Herr Damblon, für die SPD-Fraktion Ratsfrau Niederdellmann-Siemes, für die FDP-Fraktion Rats Herr Rettig, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Dr. Schomberg, für die Fraktion Die Linke und Piraten Rats Herr Eckert und Rats Herr Müller - fraktionslos -. Die UWG-Fraktion verzichtet auf eine Haushaltsrede.

Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann ruft Bürgermeisterin Mielke-Westerlage die einzelnen Produktbereiche zur Abstimmung auf.

Produktbereich 010

Innere Verwaltung

Seite 43

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 020

Sicherheit und Ordnung

Seite 131

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	8	

Produktbereich 030

Schulträgeraufgaben

Seite 161

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49	2	

Produktbereich 040

Kultur und Wissenschaft

Seite 253

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 050

Soziale Leistungen

Seite 297

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49	2	

Produktbereich 060

Kinder, Jugend-/Familienhilfe

Seite 351

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49	2	

Produktbereich 080

Sportförderung

Seite 407

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten			2
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	6	2

Produktbereich 090 Räumliche Planung und
Entwicklung, Geoinformation

Seite 425

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 100

Bauen und Wohnen

Seite 443

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 110
Abstimmungsergebnis:

Ver- und Entsorgung

Seite 461

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/-anlagen,
ÖPNV

Seite 503

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	46	5	

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege

Seite 563

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	33	18	

Produktbereich 140

Umweltschutz

Seite 591

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49	2	

Produktbereich 150

Wirtschaft und Tourismus Seite 601

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft

Seite 621

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	11	

Produktbereich 170

Stiftungen

Seite 647

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten			2
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	49		2

Beschlussfassung über den Ergebnis- und –finanzplan 2015
in der jetzt vorliegenden Fassung (Seite 37 – 38)

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	11	

Beschlussfassung über Stellenplan (Seite 658 - 664)

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	6		4
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	37	10	4

10 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2012
Vorlage: RPA/0088/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt, den vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2012 gemäß § 96 GO NRW festzustellen.

Der Jahresabschluss weist folgende Werte aus:

Bilanzsumme:

Aktiva	Passiva
586.636.449,66 €	586.636.449,66 €

Ergebnisrechnung:

Erträge	Aufwendungen	Fehlbetrag
118.296.090,29 €	124.833.559,22 €	6.537.468,93 €

Finanzrechnung:

Einzahlungen	Auszahlungen	Veränderungen eigener Finanzmittel
129.171.789,00 €	129.278.031,84 €	-106.242,84 €

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei	2		
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	50	1	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übergibt den Vorsitz an den 1. stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens.

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen, dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW für die Haushaltswirtschaft 2012 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP			6
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei			2
fraktionslos		1	
Gesamt	41	1	8

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übernimmt wieder den Vorsitz.

Ratsherr Becker berichtet von den Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses

11 Bestellung einer stellvertretenden Behindertenbeauftragten
Vorlage: FB2/0108/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt, Frau Ute Hoffmann zur stellvertretenden Behindertenbeauftragten der Stadt Meerbusch zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Focken berichtet von Beratungen im Sozialausschuss.

12 Städt. Gesamtschule; Einschränkung der Aufnahme auswärtiger Schüler gem. § 46 Abs. 5 SchulG NRW
Vorlage: FB3/0109/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Gemäß § 46 Abs. 5 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird Schülern aus anderen Gemeinden, die in ihrer Wohnsitzgemeinde eine Gesamtschule besuchen können, die Aufnahme in eine städtische Gesamtschule verweigert, solange die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität übersteigt.

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, im berechtigten Einzelfall auf Antrag des Schulleiters Ausnahmen zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	5		1
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	48	2	1

Ratsfrau Kox berichtet von den Beratungen im Ausschuss für Schule und Sport. Ratsherr Gabernig erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie zustimmen werde, es insgesamt jedoch bedauerlich finde, dass ein solcher Beschluss gefasst werden müsse. Da die Nachbarkommunen jedoch gleichlautende Beschlüsse gefasst hätten, bliebe auch Meerbusch keine andere Wahl.

13 Schulorganisatorische Maßnahmen; Grundschulen in Meerbusch-Osterath
Vorlage: FB3/0093/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt beabsichtigt, ab dem 1. August 2016 einen Grundschulverbund bestehend aus der derzeitigen städtischen Barbara-Gerretz-Schule, katholische Grundschule und der städtischen Erwin-Heerich-Schule Boverf, Gemeinschaftsgrundschule in Meerbusch-Osterath zu errichten und diesen in der städtischen Liegenschaft Wienweg 38 unterzubringen. Die städtische Eichendorff Gemeinschaftsgrundschule bleibt am bisherigen Standort Görresstraße 4.

Der Rat fasst folgenden Beschluss zur Schulentwicklung gem. § 81 i.V.m. § 80 Schulgesetz NRW :

Die Verwaltung wird beauftragt, Mitte 2015 eine Vorlage in den Ausschuss für Schule und Sport und den Rat zur Errichtung eines Grundschulverbundes bestehend aus der derzeitigen städtischen Barbara-Gerretz-Schule, katholische Grundschule und der städtischen Erwin-Heerich-Schule Boverf, Gemeinschaftsgrundschule mit Bestimmung von Haupt- und Teilstandort sowie Festlegung der Zügigkeit einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG			2
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	46	3	2

Ratsfrau Kox berichtet von den Beratungen im Ausschuss für Schule und Sport. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass es gut sei, dass mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag klar sei, dass die Entscheidung über den Haupt- und Teilstandort bis Mitte 2015 fallen werde. Ratsherr Müller verweist auf die unklare Situation hinsichtlich des Zuzuges von Flüchtlingskindern, aber auch auf die Entwicklung des Wohngebietes bei Ostara, insofern hätte er sich gewünscht, die Entscheidung noch einige Zeit zurückzustellen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Zuzüge vom Gutachter in die Prognose eingerechnet worden seien.

14 Berufung von beratenden Mitgliedern in den Ausschuss Schule und Sport
Vorlage: FB3/0104/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt,

- a) Frau Antje Schwarzburger als Vertreterin der Meerbuscher Schulpflegschaften
- b) Frau Jutta Junick als deren erste Stellvertreterin
- c) Frau Iris Sternemann als deren zweite Stellvertreterin
- d) Frau Elke Schmidt als deren dritte Stellvertreterin

als sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW mit beratender Stimme in den Ausschuss Schule und Sport zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15 VI. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Meerbusch
Vorlage: ZD/0098/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Änderung der Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Beratungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

16 Anträge**16.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 11. November 2014 betr. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0020/2014****Beschluss:**

Der Rat beschließt nachstehende Änderung der Ausschussbesetzung:

Der sachkundige Bürger Thomas Gnaß wird im Kulturausschuss, im Ausschuss für Schule und Sport, im Bau- und Umweltausschuss und im Sozialausschuss als stellvertretendes Mitglied gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**16.2 Antrag des Rats Herrn Müller - Zentrum - vom 20. November 2014 betr. Aussetzung der Räumungs- und Rodungsarbeiten
Vorlage: ZD/0022/2014**

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard nimmt zum Antrag auf Aussetzung der Räumungs- und Rodungsarbeiten auf der Trasse der K9N Stellung und erläutert, dass es ausschließlich um kleinere Maßnahmen gehandelt habe, die der Trassenvorbereitung dienen. Kanal- und sonstige größere Erschließungsmaßnahmen seien nicht erfolgt. Es seien derzeit auch keine weiteren Abreiten mehr vorgesehen.

Rats Herr Müller sieht seinen Antrag damit als erledigt an.

**16.3 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Dezember 2014 betr. Verabschiedung einer Resolution zur finanziellen Belastung der Stadt Meerbusch
Vorlage: ZD/0025/2014****Beschluss:**

Der Rat beschließt nachstehende Resolution:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft,
sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung Nordrhein-Westfalen,

die Kommunen in NRW sind mit erheblichen finanziellen Herausforderungen konfrontiert, deren Steuerung teilweise nicht in ihrer Hand liegt. Die ernsthaften Konsolidierungsbemühungen auch der Stadt Meerbusch werden jedoch durch diverse Belastungen der Landesregierung -wie auch der Bundesregierung- erschwert. Die Unterbringung hilfeschender Flüchtlinge ist keine originäre kommunale Aufgabe.

Bitte tragen Sie Sorge dafür, dass nicht die ohnehin stark belasteten Kommunen in NRW auch noch diese Kosten überwiegend alleine aufbringen müssen.

Begründung:

Natürlich gibt es Kommunen, die besser oder schlechter wirtschaften, aber es bestehen auch diverse Belastungen für Nordrhein-Westfalens Städte und Gemeinden, die in anderen Bundesländern so nicht gleichermaßen bestehen, wenn wir zum Beispiel auf die Bevölkerungsstruktur, den Strukturwandel und einen höheren Anteil der damit verbundenen Arbeitslosigkeit schauen.

Neben der fragwürdigen und nach Auffassung des Rates der Stadt Meerbusch rechtswidrigen Abundanzumlage, von der Meerbusch mit einer Summe im Millionenbereich betroffen ist, ergeben sich nun weitere finanzielle Belastungen durch die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen. Die Meerbuscher Bevölkerung ist bereit, diesen Menschen Hilfe anzubieten, sie aufzunehmen und ihnen soweit das überhaupt möglich ist eine Art Heimat zu bieten. In unserer Stadt wohnen Menschen, die in spontanen Aktionen ihre Unterstützung angeboten und sich gemeinsam mit allen Ratsparteien gegen Naziparolen zur Wehr gesetzt haben. Wir wenden uns also nicht gegen die Aufnahme von Hilfesuchenden aus verschiedenen Krisengebieten dieser Welt.

Die Stadt Meerbusch ist auch bereit sich in einem angemessenen Umfang finanziell an dieser Aufgabe zu beteiligen. Es erscheint uns aber völlig unangemessen, bei einem etwaigen Kostenrahmen von ca. 2,4 Millionen € in 2014, nach Berechnung unserer Verwaltung, lediglich mit einem Anteil von ca. 14% (ca. 330.000 €) durch die Landesregierung unterstützt zu werden. Dem liegt auch zugrunde, dass für geduldete Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden dürfen (mit einem Meerbuscher Anteil von 43%) gar keine Landeszuweisungen erfolgen.

Die starke finanzielle Überforderung der Kommunen in NRW und der Stadt Meerbusch verstößt gegen das Konnexitätsprinzip und bedarf einer dringenden Korrektur.

Wir verweisen darauf, dass in anderen Bundesländern im Durchschnitt eine erheblich höhere Unterstützung bis hin zu einer 100%igen Finanzierung erfolgt. Mit einem Landesanteil von unter 15% liegt dieser unterschiedlichen Belastung keine faire Verteilung der Verantwortung zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		1
SPD	10		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Die Linke/Piratenpartei		2	
fraktionslos	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	48	2	1

Ratsherr Damblon begründet den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen und verweist insbesondere auf die geringe Förderhöhe. Nach kurzer Diskussion wird der Textentwurf der Antragsteller dahingehend überarbeitet, als er in einen einleitenden Resolutionsenteil und einen nachfolgenden Begründungsteil geändert wird.

17 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

18 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

19 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Rates findet am 26. Februar 2015 statt.

20 Verschiedenes

20.1 Interkommunales Gewerbegebiet

Ratsherr Weyen teilt mit, dass er der Presse entnommen habe, dass die Herren Damblon und Jung mit der Stadt Krefeld hinsichtlich des interkommunalen Gewerbegebietes Kontakt aufgenommen hätten. Ihn würde interessieren, welchen Inhalt die Gespräche hatten und was ggfs. vereinbart wurde.

Ratsherr Damblon erwidert, dass Ratsherr Jung und er die Thematik lediglich mit Parteifreunden der Nachbarstadt erörtert hätten.

20.2 Baumspenden

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage teilt mit, dass dem Sturm „ELA“ am Pfingstmontag im Meerbuscher Stadtgebiet rd. 110 Bäume zum Opfer gefallen seien. Zwischenzeitlich sei das Spendenaufkommen so hoch, dass Ersatz für alle abgängigen Bäume gepflanzt werden könne. Dies sei am 25. April 2014 unter dem Motto „Mein Baum für Meerbusch“ geplant.

20.3 Unfallkreuzung Bergfeld/Xantener Straße in Meerbusch-Strümp

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erinnert an den nach dem tödlichen Unfall eines Kindes vom Bau- und Umweltausschuss im April 2014 beschlossenen Forderungskatalog an Straßen NRW. Wesentlicher Inhalt der Forderungskataloges seien geschwindigkeitsreduzierende Anordnungen vom Teehäuschen bis vor die Bushaltestelle Bergfeld von bisher 100 km/h auf 70 km/h und von dort aus auf Tempo 50 km/h, die Installation einer weiteren Furt und einer Anpassung der Signalschaltung der Lichtzeichenanlage gewesen.

Von Seiten des Landesbetriebes NRW als Straßenbaulastträger läge die Zusage vor, im Frühjahr 2015 die Signalschaltung auf längere Querungszeiten für Fußgänger anzupassen und in diesem Zusammenhang auch zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eine Straßenquerung durch eine weitere Furt aufzubringen. Hinsichtlich der im übrigen geforderten geschwindigkeitsreduzierende Anordnungen hätten die Fachbehörden unter Bezug auf die Feststellungen der Unfallkommission von März 2014 mitgeteilt, dass es sich bei der Kreuzung um einen Außerortsbereich handele und Ausbauart und Zweckbestimmung der L 137 in diesem Bereich keine Anordnung zur Temporeduzierung erfolgen könne.

Aufgrund der Feststellungen der Unfallkommission habe sich ein Anwohner mit einer Petition an den Petitionsausschuss des Landtags gewandt. Der Petitionsausschuss habe beschlossen, vor seiner Entscheidung eine Ortsbesichtigung mit Anhörung der Beteiligten durchzuführen. Dieser Termin habe am 17.12.2014 stattgefunden. Beteiligt seien dabei gewesen für den Petitionsausschuss ein Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, ein Vertreter des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW, der Oberen Straßenverkehrsbehörde Rhein-Kreis Neuss und des Landesbetriebes Straßen NRW sowie der Petent. Für die Stadt habe sie selbst und Herr Trapp am Termin teilgenommen.

In Anwesenheit der Teilnehmer und dreier Mitglieder der „Kleenen Strömper“ wurde der Knotenpunkt besichtigt und begangen. Der Petent, die „Kleenen Strömper“ sowie sie selbst erläuterten die Problematik. Der Behördetermin sei dann im Bürgerhaus Lank fortgesetzt worden. An diesem Termin habe auch der beauftragte Landtagsabgeordnete teilgenommen. Die Vertreter der Fachbehörden hätten zunächst an ihrer ablehnenden Haltung zu den geforderten Temporeduzierungen festgehalten und wiederholt auf die Präcedenzwirkung einer solchen, aus ihrer Sicht nicht zu vertretenden Anordnung, hingewiesen.

Von Seiten der Vertreter für den Petitionsausschuss wurde deutlich gemacht, dass ein Bewegen der betroffenen Behörden erwartet werde. Als Ergebnis des Gespräches sei ein Konsens dahingehend gefunden worden, dass die Ortstafel aus Richtung Strümp bis vor den Knotenpunkt Bergfeld zurückversetzt werden soll. Im Hinblick auf die angrenzende K 9 / Forststraße und deren nicht weg diskutierbaren Außerortslage schied ein weiteres Vorziehen der Ortstafel aus.

Die Sitzung des Petitionsausschuss findet am 13.01.2015 statt, danach erfolgt eine Empfehlung an die zuständigen Behörden, in diesem Sinne zu verfahren. In der anschließenden Diskussion wird die Empfehlung begrüßt.

Meerbusch, den 5. Januar 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in